



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 17. Januar 2019 im Saal des Restaurant Rössli in Oensingen 19.55 – 22.05 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 85, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 42
Gäste: 6

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Dieter Ulrich

Kantonsratsfraktion: Remo Bill, Hardy Jäggi, Fabian Müller, Anna Rüefli,
Marianne Wyss

Rechnungsprüfungskommission: Fatma Tekol

Beschwerde- und Schiedskomm: Daniel Kiefer

Sektionen: Soner Yaprak (Bettlach), Andreas Bühlmann (Bi-
berist)



Geschäftsliste

1. Eröffnung des Parteitages

- ▶ Begrüssung durch die Sektion
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

3. Genehmigung der Geschäftsliste

4. Genehmigung Protokoll vom 25. Oktober 2018 in Hägendorf

5. Nationale Vorlage für die Abstimmung vom 10. Februar 2019

- ▶ Eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»
- ▶ Pro: **Philipp Hadorn, Nationalrat**
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

6. Nationale Vorlage für die Abstimmung vom 19. Mai 2019

- ▶ Steuervorlage und AHV-Finanzierung (SV17 / STAF)
- ▶ Informationen von **Roberto Zanetti, Ständerat**
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung findet am Parteitag vom 27. März 2019 statt

7. Kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17 – «Fluch oder Segen»?

- ▶ Die Vorlage liegt auf dem Tisch, demnächst debattiert der Kantonsrat und das letzte Wort wird das Volk an der Urne haben. Darüber diskutieren unter der Leitung von Balz Bruder:
- ▶ **Markus Ammann, Kantonsrat und Präsident der Fraktion SP/junge SP**
- ▶ **Christian Scheuermeyer, Kantonsrat FDP.Die Liberalen**
- ▶ Diskussion

8. Varia

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

- ▶ Grusswort von der Sektion Oensingen
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Regierungsrätin Susanne Schaffner, Ständerat Roberto Zanetti, Nationalrätin Bea Heim, Nationalrat Philipp Hadorn, Christian Scheuermeyer (Kantonsrat FDP, Podiumsteilnehmer) und Balz Bruder von der SZ (Chefredaktor).

Erteilt Nicole Wyss und Guido Glutz das Wort für die Sektion Oensingen

Nicole Wyss, Gemeinderätin aus Oensingen und ab Ende Januar 2019 Kantonsrätin, als Nachfolgerin von Fabian Müller)



Im Namen der Sektion Oensingen begrüsse ich euch ganz herzlich zum kantonalen Parteitag in Oensingen. Die Arbeit im Gemeinderat ist schwierig. Es gibt einige die quer schlagen und alles verhindern wollen. Ich hoffe sehr, dass sich das Klima verbessert, die Menschen wieder mehr Freude bekommen und dadurch auch wieder mehr möglich wird.

Guido Glutz, Präsident der SP Oensingen übernimmt und führt in gewohnt humoristischer Art durch die Geschichte der Sektion mit 40 Folien. Guido gratuliert Nicole zu ihrem neuen Amt als Kantonsrätin. Sie wird am 29. Januar 2019 als Nachfolgerin von Fabian Müller die Amtei Thal-Gäu als SP-Vertreterin als Kantonsrätin vereidigt. (Applaus)

Nicole und Guido danken für das zahlreiche Erscheinen und wünschen eine erfolgreiche Versammlung.

Franziska Roth (dankt für die betont lustige Einleitung)
Parteipräsidentin der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn

Liebe Genossinnen und Genossen

Ihr habt es sicher mitbekommen, das Hin und Her wem Munziger heute wohl eher aufs Parteipferd steigen würde: Der FDP oder der SVP. Sie organisierten beide Parteien einen Grossaufmarsch nach Balsthal und stürmten die Rösslitreppe auf der Munziger 1830 zur Vaterfigur des Solothurner Freisinns wurde.

Und jetzt, liebe Genossinnen und Genossen jetzt kommt es ganz dick: Die FDP will das Rad der Zeit zurückdrehen! Und zwar nicht Zahn um Zahn, sondern mit einem Schwung zurück in die Feudalherrschaft. 100-Jahr-nach dem Landesstreik wird ein überparteilicher Auftrag unter der Federführung vom VSEG im Kantonsrat eingereicht, der den Gemeinden erlauben soll, die Proporzwahl wieder abzuschaffen. 100 Jahre älter und kein bisschen weiser! Gopferdori nomou das gits doch nid. Ich habe gemeint, ich höre nicht richtig und habe nachgefragt. Ja, ein Gemeindepräsident und Kantonsrat hat es mir bestätigt: „Viele Gemeinden machen eben Sachpolitik und nicht Parteipolitik, da ist es nur richtig, dass man Köpfe und nicht Parteien wählt.“ Sagte er. Ich kanns nicht mehr hören, ja wirklich. Die teilweise Abschaffung der Majorzwahlen war eine der wichtigsten Forderungen des Streikkomitees und wurde danach auch als erstes realisiert: Die Nationalratswahlen von 1919 wurden erstmals im Proporzverfahren durchgeführt. In langen Kämpfen wurde in den letzten 100 Jahren im Kanton Solothurn der Proporz verbessert. Erst in den 1990er-Jahren wurde der Solothurner Proporz, der nur die herrschende Partei berücksichtigte, schliesslich durch den Nationalratsproporz ersetzt. Und jetzt soll alles wieder rückgängig gemacht werden? Was für ein Theater. Man finde halt fast keine Parteimitglieder mehr, so der Tenor von FDP und CVP. Ob man Leute findet oder nicht, das hat nichts mit dem Wahlsystem zu tun, sondern mit dem Einsatz der Partei selber. Weshalb sollten denn plötzlich Leute für politische Ämter kandidieren, wenn diese nach dem Majorz ermittelt werden, die sich dem vorher unter dem Proporz noch verweigert hatten? Weshalb sollten denn mit dem Majorzsystem die besseren Leute gewählt werden als mit dem Proporzsystem? Und dann kommen sie mit dem Argument: Persönlichkeitswahl! Wir wählen Köpfe nicht Parteien, bei uns wird Sachpolitik gemacht und so weiter. Wie undemokratisch ist das denn! Noch lang nicht jede Person, die sich im Majorz zur Wahl stellt, ist auch eine Persönlichkeit. Oft sind es einfach die besten Stimmenmaximierer die sich sehr gut verkaufen können, die für sich selber aber nicht für die Partei Geld fliessen lassen, sprich die gefährlichen Opportunisten. Der Gemeinderat ist und bleibt ein Gremium. So neutral wie das jetzt dargestellt wird ist Sachpolitik nie. Sie kann und sollte nie unabhängig von politischen Grundhaltungen vertreten werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen deshalb auch wissen wo jemand steht. Darum haben auch die vielen freien Wählergemeinschaften in den Gemeinden selten eine lange Lebensdauer.

Um Politisches Leben im Dorf zu reaktivieren braucht es echte politische Diskussionen. Die Höhe der Steuern, die Höhe der Gebühren, die Frage, ob man eine Kita führen soll etc. etc. sind schliesslich politische Fragen, denn auch bei Sachentscheiden spielt der politische Hintergrund einer Person bzw. deren «Grundtenor» eben oft doch eine Rolle; die Leute sollen und wollen wissen, wo jemand grundsätzlich steht. Der Proporz schafft also mehr Transparenz schon zum Vornherein

Eine demokratische Gesellschaft braucht den Wettbewerb der Ideen darüber, wie wir sie gestalten wollen. Die Parteien entstanden aus einer ideellen Grundhaltung. Zwei

Wesensmerkmale prägen sie: Sie setzen ihre Vorstellungen konkret um und übernehmen dazu Verantwortung in Parlament und Regierung. Volksparteien wollen die Gesellschaft gestalten und in allen gesellschaftlichen Bereichen Einfluss nehmen. Dazu braucht es Menschen, die ihre Ideen aufgrund ihrer Weltanschauung formulieren, sie entwickeln und sich dazu mit anderen zusammentun. Das führt zu Parteilichkeit, nämlich zur eigenen Überzeugung zu stehen und für sie zu kämpfen. Keine Partei hat die alleinige Wahrheit für sich gepachtet. Ein Wettbewerb der "Teile", also der Parteien und ihrer Ideen ist Voraussetzung für die Erneuerung in der Demokratie. Eine Einheitspartei oder eben eine Parteilosigkeit ist ein Widerspruch in sich selbst. Mit anderen Worten, eine Demokratie braucht politische Vielfalt und den Wettstreit der Ideen.



Liebe Genossinnen und Genossen eigentlich habe ich einer Frau versprochen, dass wir im Wahlkampf nicht auf die anderen Parteien schiessen, sondern mit unseren Themen trumpfen. Sie meinte zu mir:

„Aber gäu Rosso, mached de nid dr Fähler und hacked bi de Wahle nume uf dr SVP ume, das macht euch de unsympathisch, bringed euchi eigede Sache und Fakte! Es si immer verschiedeni Politikerinne und Politiker wo üeses Land präge und verantwortlich si, dass es us guet geit!“

Das passt grad schön zu meinem Entsetzen über das Vorhaben die Parteien quasi abzuschaffen. Reden wir also mal vom WIR und nicht von DENEN.

Also habe ich mir unsere Fakten und Sachen mal angeschaut und weil ich mal ganz neutral und parteilos feststellen will, sage ich als amtierende Politikerin WIR. Was haben wir in den letzten 3 Jahren in Bern und im Kanton so alles für UNS getan:

"Wir" kürzen die CH-Armutsbekämpfung -72% 72 Prozent weniger Geld für die Armutsbekämpfung!

"Wir" kürzen Behinderten & Betagten 700 Mio. Fr. EL-Hilfe (bei 9,1 Milliarden Fr. Überschuss)

"Wir" kürzen den Sozialhilfe-Grundbedarf um -30%, damit sie von 5 Fr. pro Tag leben müssen.

"Wir" kürzen schweizweit die Prämienverbilligung

"Wir" erhöhen Krankenkassen-Franchisen 67% Patienten sollen in der Schweiz massiv stärker für die Gesundheitskosten aufkommen.

"Wir" stoppen die Krippenfinanzierung

"Wir" kürzen die AHV/IV-Kinderrenten um -25%

"Wir" streichen psychisch erkrankten U30-Jährigen die IV-Rente

"Wir" kürzen Deine Rente

"Wir" lassen die Schweizer Bevölkerung länger arbeiten (fein raus ist nur, wer sich leisten kann)

"Wir" beginnen den Arbeitstag neu um 4 Uhr morgens und streichen den Nachtschlag Primin Bischof hat mitunterzeichnet Er ist Sekretär des Staatspersonalverbandes!!!

"Wir" lassen Versicherungen im Schadensfall einseitig den Vertrag kündigen

«Wir» schaffen die Privatsphäre ab (ausser für Steuerflüchtlinge)

"Wir" sparen das Bildungswesen kaputt

"Wir" höhlen den Mieterschutz aus

"Wir" privatisieren das Trinkwasser

"Wir" weichen den Arbeitnehmerschutz auf

"Wir" bezahlen Pflegekräfte und Altenpfleger mies

"Wir" lehnen die Gleichstellung zwischen Frau und Mann ab

"Wir" lassen reiche Ausländer den Aufenthalt in der Schweiz mit Geld kaufen

"Wir" finanzieren den Konzernen ihre Steuern

"Wir" lehnen als Schweiz das weltweite Atomwaffen-Verbot ab

"Wir" liefern die Waffen für Bürgerkriege



Wir haben in den letzten 3 Jahren in Bern Geld ausgegeben, um die Armut zu steigern! WIR schlagen zu! Und dies mit der grossen Keule! SV 17 oder STAF wenn ihr wollt!

Schweizweit klingt es gleich, wir wollen die tiefsten Steuern für Unternehmen aber, der Bund, die Kantone und die Gemeinden müssen sparen. Doch schauen wir mal genau hin. Wer befiehlt eigentlich, dass in Spitälern weniger Personal mehr Patienten betreuen, dass weniger Lehrer grössere Schulklassen unterrichten, dass die Tarife für Öffentliche Dienste steigen? Es sind die Leute, die sich ein Privatspital leisten können. Es sind die Leute, die ihre Kinder in Privatschulen schicken. Es sind die Leute, die sich mit einem Chauffeur herumkutschieren lassen und keinen ÖV benutzen. Aber wenn dieser Chauffeur feststellt, dass sein Kind weniger Deutschlektionen bekommt, antwortet der edle Herr, der im Tesla mit 700 PS hinten rechts sitzt: „Der Staat muss sparen.“

Ich frage mich, was bestimmen WIR als Nächstes? Dass Steuerhinterziehung ein Menschenrecht ist?

Liebe Genossinnen und Genossen, warum in Gottes Namen dreht sich das Rad der Zeit trotz Aufklärung in die Feudalherrschaft zurück?

Jeder und Jede von uns muss sich selber antworten ob er oder sie zu dem WIR gehört, das in seiner Mehrheit Dinge beschliesst, die ganzen Bevölkerungsgruppen weh tun.

Ich sage Euch, es ist die Zeit STOPP zu sagen, es ist die Zeit eintönig zu wählen und Farbe zu bekennen. Es ist die Zeit den Menschen rote Fragen zu stellen: Wie steht ihr zur Bundesverfassung in der steht, dass die Stärke unseres Landes sich am Wohle der Schwachen misst? Wie verhindert ihr, dass unser Land Workingpoor hat? Wie garantiert ihr, dass Gesundheit für alle Familienmitglieder in einer alternden Gesellschaft das letzte Gut ist und auch finanzierbar bleibt?

Farbe bekennen befreit! Ich kann mir nicht vorstellen, nicht rot zu sein, aber ich kann mir sehr wohl ausmalen, dass andere Farben mein Bild von der Welt konturieren. Ich erwähne gerne und manchmal mit Stolz, dass ich Sozialdemokratin bin. Und darum schlagen wir euch heute ein Zusatztraktandum vor. Wir, die Präsidien von Partei und Fraktion bitten euch zusammen mit uns um das Verabschieden einer Resolution. Und somit zum Farbe bekennen für eine der wichtigsten Forderungen des Landesstreiks: Die Beibehaltung des Proporz bei Gemeindewahlen. Der Parteitag ist eröffnet. (Applaus)

2. Bestellung der Stimmzähler/innen

Tischreihe 1:	Heinz von Arb, Balsthal
Tischreihe 2:	Andrea Bolliger, Dulliken
Tischreihe 3:	Sri Rasamanikam, Olten
Tischreihe 4:	Franziska Rohner, Biberist

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler werden mit Akklamation gewählt

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Die Präsidien von der Partei und Fraktion schlagen Euch folgendes Zusatztraktandum vor:

Zusatztraktandum

Resolution von Fraktion und Geschäftsleitung gegen den Plan, das Proporzwahlsystems in den Gemeinden abzuschaffen

Antrag Präsidium von Partei und Fraktion: Annahme

Keine Wortmeldungen

Beschluss: Die Geschäftsliste mit dem Zusatztraktandum 5 «Resolution», wird mit 1 Gegenstimme genehmigt

4. Genehmigung Protokoll

- ▶ 25. Oktober 2018 in Hägendorf

Beschluss: Das Protokoll vom 25. Oktober 2018 in Hägendorf wird einstimmig genehmigt und verdankt. (Applaus)

5. Zusatztraktandum

Resolution von Fraktion und Geschäftsleitung gegen den Plan, das Proporzwahlsystems in den Gemeinden abzuschaffen

Antrag Präsidium von Partei und Fraktion: Annahme

Franziska Roth: Wir haben kurzfristig erfahren, dass bürgerliche Parlamentarier im Kantonsrat einen Vorstoss einreichen möchten mit dem Ziel, dass Gemeinderäte künftig auch nach dem Majorzwahlssystem durchgeführt werden dürfen. In der Eröffnungsrede habe ich unsere Meinung dazu bereits kundgetan. Diese Pläne wollen wir im Keime ersticken und haben deshalb eine Resolution verfasst. Diese liegt vor und würde nach Annahme der Delegierten der Partei und Fraktion die Legitimation, respektive den Auftrag geben, diese Pläne mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Keine Wortmeldungen

Beschluss: Der Antrag der Präsidien von Partei und Fraktion der Resolution zuzustimmen, wir bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen.

6. Nationale Vorlage für die Abstimmung vom 19. Mai 2019

Eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»

Philipp Hadorn, Nationalrat:

Geschätzte Genossinnen und Genossen, liebe Anwesende. Welche Ressourcen sind wirklich beschränkt, ist es das Geld oder der Boden? Für uns ist klar, der Boden ist beschränkt und beim Geld ist es eine Frage der Verteilung. Beim Boden haben wir einen Verschleiss und die Zersiedelung schreitet voran, ungebremst.

Jede Sekunde wird in der Schweiz fast 1 Quadratmeter Boden überbaut. Seit 1985 ging mehr als die Fläche des Genfersees verloren. Natur und Landschaft gehen verloren, die Artenvielfalt schwindet, der Energieverbrauch und Verkehr (Stau, Strassen, Lärm, Abgase und CO₂) nehmen zu und das Kulturland für die regionale Nahrungsmittelproduktion schrumpft. Eine weitere Konsequenz der Zersiedelung sind ausgestorbene Tier- und Pflanzenarten. Boden, der einmal versiegelt ist, geht langsam verloren, deshalb lassen wir uns unsere Zukunft nicht verbauen.

Nun haben wir eine Volksinitiative (junge Grüne) vor uns. Diese fordert eine Siedlungsentwicklung nach innen, kurze Verkehrswege, nachhaltige Quartiere und kein weiteres Wachstum der Bauzonen. Einzonungen sollen durch Auszonungen an einem anderen Ort kompensiert werden und Bauten ausserhalb der Bauzonen dürfen nur standortgebundenen Zwecke von öffentlichem Interesse und der bodenabhängigen Landwirtschaft dienen. Die Initiative sorgt für den Erhalt von Natur und Landschaft, fördert die Lebensqualität mit nachhaltigen Quartieren.



Das Raumplanungsgesetz ist seit 2013 in Kraft und man stellt fest, dass dieses weniger greift, als uns dies die Gegner weismachen wollen. Die Zahl ein- und zweistöckiger Bauten wächst gleich weiter wie vorher. zu Recht stellen sich auch SP-Mitglieder über allfällige Auswirkungen folgende Fragen: Gibt es nachher zu wenig Wohnraum? Steigen die Mietpreise? Wird die wirtschaftliche Entwicklung eingeschränkt? Genügt nicht das bestehende Raumplanungsgesetz (RPG) schon? Gehen auf in der Bauwirtschaft

Jobs verloren wegen der Initiative? Hat nicht die Zweitwohnungsinitiative die Zersiedelung bereits gestoppt? Sollte nicht zuerst die zweite Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG2) zum Thema «Bauen ausserhalb der Bauzone? Bevor diese Fragen beantwortet werden, muss man die Ausgangslage sehen, ein Initiativtext ist kein Gesetzestext. Wir eine Initiative angenommen, beginnt der Prozess im Parlament und somit die Ausarbeitung eines Gesetzes. Wie uns die Vergangenheit lehrt, wird nicht immer jede Initiative 1: 1 umgesetzt. Für mich stimmt die Stossrichtung dieser Initiative. Es ist erwiesen, das zeigen die Zahlen der Raumplanung, dass der Bauboom gegen aussen unvermindert anhält. Wir haben nichts gegen verdichtetes Bauen, es braucht Wohnraum, die Bevölkerung wächst und die Baubranche wird die Initiative wegen keinen Einbruch erleiden. Was bei der Revision des RPG2 herauskommt, wissen wir noch nicht. So wie es aussieht, sollte die Bautätigkeit nach dieser Revision eher noch zunehmen. Auch die Zweitwohnungsinitiative hat bezüglich Zersiedelung rein gar nichts gebracht.

Parolen:

JA

Parteien

SP GPS EVP Juso

Organisationen und Verbände

VCS Pro Velo Fussverkehr Schweiz Kleinbauernvereinigung
Pro Natura Greenpeace Biosuisse Hausverein
Mountain Wilderness Umverkehr Freie Landschaft Schweiz
Alpeninitiative

NEIN

Parteien

CVP SVP BDP Jungfreisinnige

Organisationen und Verbände

Gewerbeverband Hauseigentümerverband Bauernverband
Economiesuisse Centre Patronal Baumeisterverband
Versicherungsverband Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete

Boden ist eine begrenzte Ressource, die Initiative hilft diesen zu schützen und deshalb bitte ich darum, diese anzunehmen. Die Geschäftsleitung empfiehlt die JA-Parole. (Applaus)

Diskussion: keine Wortmeldungen

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss: Die Delegierten der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung für die JA-Parole grossmehrheitlich gegen 6 Stimmen zu.

7. Nationale Vorlage für die Abstimmung vom 19. Mai 2019

Steuervorlage und AHV-Finanzierung (SV17 / STAF)

Roberto Zanetti: geschätzte Präsidentin, geschätzte Genossinnen und Genossen. Ich bin jetzt quasi die «Vorgruppe» des heute vorgesehenen Podiums über die kantonale Umsetzung der STAF (vormals SV17). Wir fassen heute noch keine Parole, dies geschieht dann am 27. März, deshalb beschränke ich mich auf eine Auslegeordnung, damit man auch sieht, was dies für den Kanton Solothurn bedeutet.

Angefangen hat die Geschichte 1998 mit der USR I, als man die Privilegierung der Statusgesellschaften einführt. Dies hatte zur Folge, dass gewisse Unternehmen kantonale mit massiv tieferen Sätzen besteuert wurden. Dies ist zwar ein sehr wirkungsvolles Instrument, aber in höchstem Mass unanständig. 2006 setzte man mehrheitlich, gegen die SP, die USR II um und beschloss in diesem Zusammenhang zwei (unanständige) Sachen: 1. Das Kapitaleinlagenprinzip wurde eingeführt (steuerbefreite Ausschüttungen von Kapitaleinlagen) und 2. die Dividendenteilbesteuerung. Dies bedeutet z.B. 1.- Franken nicht mehr 1.- Franken ist, sondern nur noch -. 50 oder -. 60 Rappen. Die Folgen der USR I + II wurden mit der Zeit international verpönt. Die Länder monierten, es gehe nicht, dass für diese Firmen Infrastruktur gebaut werden, ihren Firmensitz jedoch in die Schweiz verlegten und hier bei uns wenig bis gar nicht besteuert wurden. So beschloss die internationale Gemeinschaft eine schwarze Liste zu führen und setzte auch der Schweiz eine Frist diese Praxis zu ändern. Die offizielle Schweiz hat sich dazu verpflichtet und beschloss die USR III umzusetzen. Diese hat das Volk bekanntlich hochkant abgelehnt. Auf diese gehe ich jetzt auch nicht mehr ein. Infolge dessen hat der Bund sehr rasch die sog. Steuervorlage 17 entwickelt (heute STAF, Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung), um der Problematik um die Statusgesellschaften Herr zu werden. Damit man auch die Bedeutung der Statusgesellschaften kennt, man geht davon aus, dass 50% aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der Schweiz auf die Statusgesellschaften fallen. Es handelt sich hier also mehrheitlich um wertschöpfungsintensive und international ausgerichtete Unternehmungen. Es betrifft in der Schweiz ca. 50'000 Beschäftigte. Der Anteil ihrer Steueraufkommen (Gewinnsteuern) in den Kantonen ist sehr unterschiedlich. Der tiefste Anteil ist im Kanton Aargau mit ca. 1 ½% und der höchste Satz in Neuenburg mit ca. 60%. Beim Bund werden alle gleich hoch besteuert, also wie jede andere Unternehmung. Der Anteil an Gewinnsteuern aller sog. privilegierten Unternehmungen macht rund 50% aus. Wir reden hier von einem Steuerertrag für den Bund von jährlich 4,3 Milliarden Franken. Dieses Instrument ist zwar unanständig, aber sehr wirkungsvoll. Es hat viel Geld in die Bundeskasse gespült. Der Bund ist also nicht das Problem, sondern die Kantone. Er könnte sagen, wir ändern das Steuerharmonisierungsgesetz, arrangiert euch liebe Kantone! Aber auch dies wäre nicht aufgegangen, denn der Bund hat mit dieser Privilegierung in den Kantonen massiv profitiert.

Nun geht es darum, wie man das Problem lösen kann, damit die Schweiz nicht auf die schwarze Liste kommt. Das Problem sind ja nicht die tiefen Steuern, sondern die unterschiedlichen Besteuerungen der Unternehmungen (inländisch und ausländisch). Es

gibt zwei Möglichkeiten, entweder gleicht man die Besteuerung aller privilegierter Unternehmungen an jene der ordentlich Besteuerten an oder umgekehrt. Ersteres ist heikel, weil die Schweiz mit Abwanderungen rechnen müsste und zweiteres kann sich die Schweiz schlicht und ergreifend nicht leisten. Möglich ist also nur eine Kombination. Würde man jetzt in den Kantonen die Bundeslösung umsetzen, würde die Steuerbelastung für diese hochmobilen Unternehmungen markant steigen. Dagegen könnte man die Bemessungsgrundlagen anpassen (von 100.- nur noch 80.- besteuern) oder den Steuersatz senken (anstatt 10% z.B. nur noch 5%). Auch hier braucht es eine Mischung. Deshalb hat man die sog. Patentbox geschaffen. Dies bedeutet, dass alle Gewinne auf Patente reduziert besteuert werden können: ein Gewinn setzt sich z.B. zu 50% aus normaler Geschäftstätigkeit und zu 50% aus Patenten zusammen. Diese kann dann max. zu 90% reduziert besteuert werden. Diese wurde gegenüber der USR III viel enger definiert. Ein anderes Instrument, die Belastung zu reduzieren, ist der erhöhte Abzug für Forschung und Entwicklung: 100.- realer Abzug = max. 150.- Abzug. Bei natürlichen Personen geht das nicht, aber immerhin gegenüber der USR III hat man hier massive Korrekturen vorgenommen, fokussiert auf inländische Forschung und Personal. Ein weiteres, eigentliches Unding, ist die zinsbereinigte Gewinnsteuer. Dies bedeutet, dass bei überschüssigem Kapital fiktive Zinsabzüge machen kann. Dies wurde massiv kritisiert, auch weil niemand genau wusste, wie man dies umsetzt. In der jetzt nun vorliegenden Vorlage ist diese Möglichkeit nur noch in sog. Hochzinskantonen möglich (nur Kanton ZH). Also ebenfalls eine massgebliche Verbesserung gegenüber der USR III. Diese Varianten machen es möglich, dass die Bemessungsgrundlagen reduziert werden können.



Das andere ist dann die Festlegung der Steuersätze auf kantonaler Ebene, relativ banal, allerdings unter Umständen mit sehr grossen Auswirkungen auf der Einnahmenseite. Der Bund weiss, dass es bei den Kantonen zu Ausfällen kommen wird und deshalb versucht, dies zumindest zu einem Teil aufzufangen. Die Dividendenbesteuerung wurden erhöht, beim Kapitaleinlagengesetz darf man nicht mehr gänzlich steuerfrei Kapital beziehen und der Anteil an die Kantone der direkten Bundessteuer wurde um

ca. 1 Milliarde Franken erhöht. Im Gegensatz zur USR III bedeuten all diese Massnahmen eine Belastung von 30%, dies gegenüber 20% bei der USR III.

Das Filetstück für mich sind tatsächlich die 2 Milliarden für die AHV (jährlich). Dies hat zwar nicht direkt mit der Unternehmenssteuerreform zu tun. Aber es nun mal so, dass es Kompromisse braucht, oder manchmal auch «Deal» genannt. Das Finanzierungsproblem bei der AHV wird von niemandem bestritten, so dass sich auch Bürgerliche schweren Herzens mehrheitlich dazu durchgerungen haben und diesem Deal zustimmten. Das Problem in der AHV können wir damit für die nächsten Jahr zumindest entschärfen. So etwas wird es in absehbarer Zukunft nie mehr geben. Es handelt sich nicht um eine Gegenfinanzierung, sondern um eine sozialpolitische Kompensation einer Unternehmenssteuerreduktion. Diese Kompensation soll mit rund 900 Millionen Franken aus der Bundeskasse finanziert werden und je 600 Millionen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Für mich ist der Fall klar, etwas Besseres bekommen wir niemals. Die Umsetzung auf kantonaler Ebene ist dann wiederum eine andere Frage, diese kann mehr oder weniger sozial und intelligent gestalten, aber die Basis auf Bundesebene ist mit der STAF gelegt. Bei allen Kritikpunkten an der STAF, für uns gibt es nur ein Ja, denn das Parlament wird nicht mehrheitlich links. Tatsächlich haben auch einige Linke das Referendum unterstützt, glauben sich auf der linken Überholspur zu befinden und diese Vorlage kippen zu müssen. Diese Überholspur ist die Gegenfahrbahn und die Gegner politische Geisterfahrer. Deshalb bitte ich euch diese Vorlage zu unterstützen. (Applaus)



8. **Kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17 – «Fluch oder Segen»?**

Die Vorlage liegt auf dem Tisch, demnächst debattiert der Kantonsrat und das letzte Wort wird das Volk an der Urne haben. Darüber diskutieren unter der Leitung der CH Media (Zusammenschluss aus AZ Medien und NZZ-Regionalmedien)

- ▶ **Markus Ammann, Kantonsrat und Präsident der Fraktion SP/junge SP** **AMM**
- ▶ **Christian Scheuermeyer, Kantonsrat FDP.Die Liberalen** **SCH**
- ▶ **Balz Bruder, Chefredaktor AZ Solothurner Zeitung, Moderation** **BRU**

Balz Bruder: Geschätzte Damen und Herren, es freut mich, dass ich dieses Podium leiten dar. Es ist das erste zu dieser Vorlage und wird wohl auch nicht das Letzte sein. Wie viele politische Geisterfahrer hier im Saal sitzen weiss ich nicht, aber ich nehme an, dass Herr Zanetti schon gewusst hat, warum er sich nur zur STAF geäussert hat und nicht zu dessen Umsetzung auf kantonaler Ebene.



BRU: Christian Scheuermeyer, eigentlich kann man auch als Freisinnigen dem Referat von Roberto Zanetti nicht viel entgegenhalten, oder? **SCH:** guten Abend, besten Dank für die Einladung, das hat mich sehr gefreut. Ich bin ebenso ein stolzer FDP-ler wie Franziska Roth eine stolze SP-lerin ist. Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion. Sie haben recht, ich habe noch selten ein solch fundiertes Referat gehört und stehe zu 100% dahinter was Roberto gesagt hat. Ich stehe selten hinter seinen politischen Ansichten, aber bei der STAF vollumfänglich. Auch ich beisse zwar bei der Kompensation fast in die Tischkante, aber ich bin überzeugt, dass es dieses Paket braucht. **BRU:** Markus Ammann, ich gehe davon aus, dass auch sie kein politischer Geisterfahrer sind? **AMM:** Ja. (Heiterkeit). **BRU:** auf Bundesebene hat man es geschafft, dass eine satte Mehrheit von links und rechts diesem Kompromiss zustimmt. Wenn ich auf den Kanton schaue, habe ich diesbezüglich meine Zweifel. Teilen sie diese Herr Ammann? **AMM:** ja, auch diese teile ich. Ich bin überzeugt, dass die kantonale Vorlage diese Ausgewogenheit der nationalen Vorlage, eben gerade nicht hat, sie ist extrem einseitig und sie hinterlässt

eine grosse Lücke. Bei der Bundesvorlage weiss man woher das Geld kommt und was wie finanziert werden muss. Beim Kanton wissen wir nur, wie hoch die Ausfälle sein werden, von der Gegenfinanzierung praktisch nichts. Dieser kleine Teil der Gegenfinanzierung ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Es gibt etwas mehr aus der Bundesteuer und für die Familienzulagen. Dies genügt jedoch bei nicht dieses grosse Loch, welches diese Tiefsteuerstrategie aufzutut, zu füllen. **BRU**: Können sie diese Lücke auffüllen Herr Scheuermeyer? **SCH**: natürlich gibt es eine Lücke. Wenn man die Steuern senkt brechen Einnahmen weg. Aber ich bin überzeugt, dass es sich mit dieser Vorlage um eine Investition in die Zukunft handelt. Auch der Bauer muss zuerst säen, damit er im Herbst ernten kann. Wir schaffen die Voraussetzung damit die Unternehmen hierbleiben und allenfalls neu zuziehen. Es wird eine Delle geben. Diese soll gemäss Ecoplan 5 Jahre dauern, dann soll das Steuerwachstum wieder zunehmen. Wir müssen langfristig denken und zu unserem Kanton schauen. Dies geht nur mit dieser Steuervorlage. **BRU**: sie haben jetzt über den öffentlichen Haushalt gesprochen, als sei der Kanton ein Unternehmen. Die öffentliche Hand ist doch kein Unternehmen, das sich 5 Jahre eine Delle leisten kann? **SCH**: klar ist der Staat kein Unternehmen, aber wir müssen die Dynamik anschauen. Roberto hat es richtig gesagt, wenn wir nichts machen, sind diese 50 % beim Bund weg. Und wenn wir beim Kanton nichts machen, gehen sie auch bei uns. Und es entsteht ebenso ein Loch. Das ist eben der grosse Unterschied zwischen der SP und den Bürgerlichen. Die SP sieht das nicht, aus ihrer Sicht passiert schon nichts und ihr wollt die heile Welt. Dies ist falscher Optimismus. Wir müssen diese Investition wagen, denn mittel- und langfristig ist es der bessere Weg. **AMM**: ich bin Realist. Wenn man diese erwähnte Ecoplanstudio anschaut, ist das Kaffeesatzlesen. Die Realität sieht anders aus. Wir verlangen nicht, dass man die Unternehmenssteuern senken darf. Ich gehe davon aus, dass dies in diesem Saal sehr viele auch so sehen. Roberto hat es vorhin gesagt, es ist eine Suche wo die richtige Lösung ist. Der Regierungsrat hat sich jedoch anfangs ein Ziel gesetzt, das völlig unrealistisch ist und er damals noch geglaubt, man sei dann im interkantonalen Vergleich in der Spitzengruppe. Dies ist bereits überholt, selbst mit dem angepeilten Steuersatz, wäre der Kanton Solothurn nicht mehr an der Spitze. Genau diese Wirkung, wenn man bei der Spitze ist, neue Unternehmungen kommen würden, ist bereits wieder überholt und verpufft. Die erhofften Auswirkungen werden ausbleiben und der Kanton wird das Loch nicht stopfen können. Wenn diese sog. hochmobilen Unternehmungen aus dem Kanton wegziehen würden, wäre dies zwar tragisch, der Kanton Solothurn würde dadurch schätzungsweise zwischen 20 und 30 Millionen Franken Steuersubstrat verlieren. Thats it. Alle anderen nicht bevorzugten Firmen würden mit Sicherheit nicht wegziehen, denn sonst wären diese ja schon längst gegangen. Diese Effekte, wie sie von den Befürwortern einer Tiefsteuerstrategie postuliert werden, treffen nie ein. Es geht nicht darum ob wir am Status quo festhalten oder einfach Steuern senken. Wir müssen uns überlegen, welche Steuern der Kanton fürs Überleben braucht und diese dann entsprechend festlegen. Dieses völlig unkalkulierbare Vorgehen lehnen wir ab. **BRU**: Herr Scheuermeyer, ich habe das Gefühl, dass bei den Freisinnigen viel Ideologie dahintersteckt. Immer wenn die FDP tiefere Steuern fordert, wird er elektrisch, oder nicht? **SCH**: es geht hier gar nicht um eine Tiefsteuerstrategie, wir würden uns damit im vorderen Mittelfeld positionieren. Markus, wenn wir im Kanton diese 13% durchbringen, dann muss man sehen wo wir stehen. Der Kanton Bern wird etwas über 16% kommen, Aargau 18% und Baselland mit rund 15%. Mit 13% hätten wir gegenüber diesen Nachbarkantonen im Wettbewerb einen deutlichen Vorteil. Wenn wir auf 16% gehen, was die SP auch schon propagiert hat, oder auf 18% würde dies für eine sonderbesteuerte Firma bedeuten, dass sie 50% höhere Steuern bezahlen müssen, bei 16% wären es 90% mehr. Das ist die Realität. Diese Firmen bleiben nicht hier, weil wir einen schönen Kanton haben, sondern der Rahmenbedingungen wegen. Man sieht es bei den Reaktionen nach der Abstimmung

in Bern, die Firmen reden von Wegzug. Ich will hier keine Namen nennen und keine Drohungen aussprechen, aber die Steuerverwaltung ist mit diesen Firmen in Kontakt, auch das Amt für Gemeinden und die betroffenen Gemeinden. Wir sind Realisten, uns bleibt gar nichts anderes übrig, auch wenn es uns anfangs eine Stange Geld kostet. Mit 13% schlagen wir einen fortschrittlichen und zukunftsorientierten Weg ein. **BRU:** ist es nicht so, dass es Kantone gibt, die sich eine solche Strategie leisten können und andere eben nicht? Ich würde mal behaupten, der Kanton Solothurn kann sich dies nicht leisten. **SCH:** nochmals, es ist keine Tiefsteuerstrategie. 11 Kantone haben tiefere Steuersätze. Wir kämen ins Mittelfeld, aber nicht mehr am Schwanz. **BRU:** das war nicht meine Frage, kann sich der Kanton dies leisten.



AMM: da muss man noch folgendes sagen. Wenn sich die Kantone einmal zusammen-gerauft und miteinander gesprochen hätten, gäbe es jetzt nicht dieses Theater mit diesem «race to the bottom». Die Vorgabe des Bundes gilt ja für alle Kantone und stellt noch kein Problem dar, aber dieser Unterbietungswettbewerb unter den Kantonen, hätte zu Beginn gar nicht aufkommen dürfen. Aber dafür hätte man miteinander reden müssen. Bisher hatte man eine Spannweite von ca. 12 – 22%. Das Resultat, das wir jetzt haben ist, dass diese Spannweite massiv enger wurde. Auch aus diesem Grund spielt die Rangierung gar keine bedeutende Rolle mehr. Interessant ist die Haltung des Kantons Aargau, er sagt ganz ehrlich, dass sie sich dies schlicht und einfach nicht leisten können. Wohlverstanden, ein durch und durch bürgerlicher Kanton mit einem eben-solchen Finanzdirektor. **SCH:** gerne möchte ich die Frage noch beantworten. Wir haben ein Eigenkapital von ca. 500 Millionen Franken. Einen Teil davon wollen wir für diese Vorwärtsstrategie, wie wir sie nennen, einsetzen. Das ist viel Geld, aber es wird sich lohnen, denn wir müssen die Gesamtbilanz anschauen. Ab dem Jahr 2026 geht die Kurve wieder nach oben, dies zeigen die Berechnungen von Ecoplan. **BRU:** wie lauter der Plan B wenn diese Strategie nicht aufgeht? **SCH:** es immer so, dann gibt es 3 Varianten: Einnahmen erhöhen, Ausgaben bremsen oder Steuern erhöhen. Die Gemeinden sind ja in der Höhe der Steuern für juristische Personen frei. Ich kann ihnen

versichern, Steuererhöhungen für natürliche Personen kommt für uns nicht in Frage. **AMM:** gerade habe ich im Zusammenhang mit dem Budget von Olten gelesen, dass die Steuern für juristische Personen in Olten auf einen Steuerfuss von 235% ! festgelegt werden müssten, damit die Ausfälle eurer Strategie kompensiert werden könnten. Das ist doch eine völlige Illusion. Aber nochmals zu dieser Studie mit den Vergleichen. Wir vergleichen nicht den 13-Vorschlag mit dem Status quo, sondern mit dem 16-Vorschlag. Dann stellt man nämlich fest, dass wenn man Äpfel mit Äpfeln vergleicht, selbst im Jahr 2030 die 16%Strategie immer noch besser abschneidet, sorry, das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Sind wir doch ehrlich, wer plant schon so weit in die Zukunft, das ist Kaffeesatzlesen. Diese sog. Vorwärtsstrategie führt den Kanton Solothurn vorwärts in den Abgrund (Heiterkeit). **BRU:** Vorwärts in den Abgrund? **SCH:** ja, das hört man und wir sind uns dies auch gewöhnt. Diese Angstkampagne wird seit Wochen von der SP betrieben. Man kann diese führen, ist allerdings aus meiner Sicht nicht konstruktiv und dient der Sache rein gar nichts. Markus, du kannst die Kurve anschauen, die rote Linie ist deutlich unter der 13-Kurve. Klar haben wir keine Garantie, aber uns geht es um die Firmen im Kanton Solothurn. Ob hochmobil oder normalbesteuerter Firmen, wir setzen uns ein, dass diese im Kanton Solothurn bleiben, die Arbeitsplätze sichern und wollen wir wettbewerbsfähig bleiben, besteht die Chance, dass neue Unternehmungen zuziehen. Dies bedeutet auch neue Investitionen, und warum wollen wir das? Damit Arbeitsplätze gesichert werden und neue entstehen. Dann steigt auch das Steuersubstrat bei den juristischen und natürlichen Personen. Mehr Personen = mehr Einnahmen. **BRU:** das hört sich jetzt sehr theoretisch an. Ich hatte etwas Einblick in Innerschweizer Kantone, insbesondere kenne ich die Verhältnisse in Obwalden sehr gut. Das wünsche ich dem Kanton Solothurn also gar nicht. **AMM:** das ist nur 1 Beispiel, es hat ausser in Baselstadt noch nie funktioniert und es wird auch nicht bei uns funktionieren. Dann muss man erwähnen, dass der Kanton Solothurn extrem tiefe Steuern für Vermögende hat und dies in der Hoffnung eingeführt, dass Vermögende in den Kanton ziehen. «Dummerweise» ist auch dieser bürgerliche Wunsch nicht in Erfüllung gegangen. Auch dieses Beispiel zeigt, dass die Wirkung von Steuersätzen relativ ist. Und nochmals zu Ecoplanstudie, ich bitte euch diese Zahlen einmal zu studieren. Diese stimmen nicht einmal und werden schöngefärbt dargestellt. Richtig dargestellt zeigt die Studie auf, dass die 16-Variante klar die bessere Variante wäre. **BRU:** Hand aufs Herz Herr Ammann, hätten sie die 16-Variante mitgetragen oder hätten sie diese nicht auch bekämpft? **AMM:** das ist eine theoretische Frage. Meine persönliche Meinung ist, dass wenn man Äpfel mit Äpfeln vergleicht, wirksame flankierende Massnahmen beschliesst, ich zu einem Steuersatz von 16% zustimmen könnte. Aber dies haben wir nicht vorbesprochen, stelle mir aber vor, dass dieser Vorschlag in der Partei eine Mehrheit hätte. **BRU:** Apropos flankierende Massnahmen. Es wird vermutet, dass man mit den flankierenden Massnahmen zahlreiche Zweifler auf die Tiefsteuerstrategie einstimmen möchte. Wie entgegnen sie diesem Vorwurf? **SCH:** Roberto hat in seinem Referat deutlich gesagt. Bei der Bundeslösung hat man mit der AHV-Zusatzfinanzierung zu einer mehrheitsfähigen Lösung gefunden. Wäre dies nicht der Fall, hätte auch er sich nicht derart vehement für die STAF eingesetzt. Der sog. historische Kompromiss von VSEG, SOHK, KGV und GBS, ich war nicht dabei, hat mich überzeugt. Die Wirtschaft hat sich bereiterklärt in flankierende Massnahmen, resp. in die Steuerreform zu investieren. Es handelt sich also auch hier um eine Konsenslösung. Damit kann man nicht alles abfedern, aber einen Teil. **AMM:** das ist also beileibe nicht das gleiche. Mit der Zusatzfinanzierung in die AHV löst man das AHV-Problem zu 40%. Da kann man von einem substanziellen Gegengewicht sprechen. Das was wir hier im Kanton auf dem Tisch haben, sind für Betroffene materiell ein Tropfen auf den heissen Stein. Sie beinhalten durchaus richtige und wichtige Massnahmen, aber genügen bei Weitem nicht

als Konsenslösung. Das ist eine Minimallösung. Das verrückteste an der ganzen Geschichte ist, die Wirtschaft moniert, sie bezahle mit 30 Millionen Franken (für 5 Jahre) die flankierenden Massnahmen und auf der anderen Seite kämpft man mit Händen und Füßen für einen Tiefsteuersatz. Anders ausgedrückt, man erhöht die Gewinne und stellt die einfachen Leute mit einem Zückerchen ruhig und zieht sie über den Tisch. **SCH**: das ist jetzt aber ein happiger Vorwurf. Lieber Markus, deine Partei hat 3 Volksaufträge eingereicht. Der Kantonsrat hat diese alle Drei erheblich erklärt. Diese beinhalten insgesamt 10 Forderungen. Davon wurden in der Steuervorlage deren 7 berücksichtigt. Aber nein, die SP ist immer noch nicht zufrieden. Was wollt ihr denn? Der Fünfer, das Weggli und die ganze Bäckerei? **AMM**: nochmals, die Stossrichtung stimmt, die SP hat diese ja mit den Volksaufträgen vorgegeben. Aber was jetzt daraus gemacht wurde, ist das absolute Minimum. Nehmen wir mal unsere Forderung nach tieferen Steuern für untere und mittlere Einkommen, möchte jetzt auch nicht mehr unanständig werden, aber es ist lächerlich was uns da aufgetischt wird. Untere Einkommen werden im interkantonalen Vergleich Solothurnerinnen und Solothurner am höchsten besteuert. Und jetzt sollen diese max. um 100 Franken entlastet werden. Damit befinden wir uns immer noch auf dem letzten Platz. Wir fordern, dass wir uns da ans Mittelfeld anschliessen, im Übrigen auch bei den Vermögenssteuern. Da befinden wir uns bei den sog. «günstigsten Kantonen».



BRU: schauen wir noch auf den politischen Prozess. Wenn ich richtig informiert bin, hat die Finanzkommission gestern die Vorlage in erster Lesung besprochen und darüber diskutiert. Ich habe den Eindruck, dass sich die Lust dieses Paket nochmals richtig zu bearbeiten, aufzuschnüren und neue Elemente aufzunehmen, in Grenzen hält. Markus Ammann, was braucht es, dass die SP ihre Fundamentalopposition aufgibt? Wäre dies überhaupt möglich? Ihr seid ja schon sehr weit gegangen, dabei ist noch gar nichts beschlossen. **AMM**: ich gehe realistischweise nicht davon aus, dass noch Wunder passieren. Aber ich habe es gesagt, der Steuersatz ist ganz klar zu tief. Der Kanton kann sich diese Ausfälle nicht leisten. Und ich bin auch überzeugt davon, wenn wir mit dieser

Vorlage vors Volk gehen, werdet ihr den genau gleichen Schiffbruch erleiden wie bei der USR III. **BRU:** Herr Scheuermeyer, von der SP bekommen sie wohl keine Unterstützung (Heiterkeit). Auch bei den Gemeinden hat man nicht den Eindruck, dass sie Feuer und Flamme für diese Vorlage sind. Gefühlt ist nicht alles im Lot, oder? **SCH:** richtig, aber es gibt auch SP Gemeindepräsidenten, die hinter der Vorlage stehen. Das muss gesagt sein. **BRU:** sind die heute anwesend? (Heiterkeit). **SCH:** ich weiss es nicht, aber ich habe dies so gehört. Es gibt auch bei uns und im VSEG andere Meinungen. Im Kanton Solothurn gibt es 9 Gemeinden, die stark betroffen sein werden. So z.B. auch meine Wohngemeinde Deitingen. Unsere Einnahmen von juristischen Personen betragen rund 15%. Deshalb ist es ganz wichtig, dass sich diese Gemeinden gut darauf einstellen. Aber das Paket darf jetzt nicht mehr aufgeschnürt werden, was nicht bedeutet, dass man gewisse Perimeter nicht mehr angepasst werden können. Bedarf sehe ich bei den Gemeinden, insbesondere für jene, die stark von juristischen Personen abhängig sind. So sollen diese beim Festlegen des Steuersatzes für juristische Personen mehr Spielraum erhalten. Zurzeit dürfen sie diesen im Vergleich zum Steuersatz für natürliche Personen bis zu 30% höher, resp. tiefer festlegen. Da braucht es mehr Spielraum, z.B. 50-60% mehr oder weniger. **AMM:** man senkt massiv den Steuersatz und gibt den stark betroffenen Gemeinden ein Instrument diesen wieder stark erhöhen zu können. Was soll das? Jetzt soll an Schrauben gedreht werden, anstatt dass man eine saubere Lösung auf den Tisch bringt. Ich sage es noch einmal: wenn in 6 Jahren nichts passiert, hat die Stadt Olten 10 Mio. weniger Steuereinnahmen. Diesen Verlust aufzufangen, müsste Olten den Steuersatz für juristische Personen auf 250% erhöhen. Das ist eine Illusion, aber auch einen Blödsinn. Diese massiven Ausfälle werden nie kompensiert werden können, oder anders ausgedrückt, es wird zu massiven Sparmassnahmen kommen, respektive zu Leistungsabbau + zu Steuererhöhungen für die natürlichen Personen. So funktioniert es in der Praxis. Da ändert auch eine Tiefsteuerstrategie, irgendwelche Hoffnungen und Visionen nichts daran.

BRU: besten Dank, dann öffnen wir mal das Mikrofon und gehen in die Diskussion. Interessieren würde mich die Haltung der SP Gemeindepräsidien, die sich für die Vorlage ausgesprochen haben sollten. (Heiterkeit)

Diskussion:

Simon Bürki: lieber Christian, danke dass du gekommen bist. Kannst du mir erklären, wie die wahrscheinlich mehrheitlich bürgerlich dominierten Gemeinden dazu gebracht werden können, oder anders gesagt, gegen ihre eigene Ideologie die Steuern für juristische Personen zu erhöhen. Nicht vorstellbar, aber sie werden dazu gezwungen. **SCH:** doch, das wird funktionieren lieber Simon. Denn die Menschen in den Gemeinden sind den Geschehnissen am nächsten. Wenn diese sehen, dass man um eine Steuererhöhung nicht herumkommt, werden sie einer solchen auch zustimmen. Und wenn sie noch einen grösseren Spielraum erhalten, dient dies ihrer eigenen Sicherheit. **BRU:** habe ich jetzt einen Knopf nicht aufgebracht, dementsprechend sollen also die Gemeinden ausbaden, was der Kanton verbockt hat, oder? **AMM:** man kann davon halten was man will. Fakt ist, dies führt einfach zu einem Konkurrenzkampf zwischen den Gemeinden. Und sollte dies auch noch funktionieren, wie Christian behauptet, dann würde dies ja dazu führen, dass Firmen von einer Gemeinde zur anderen «zügeln». **SCH:** eine Firma z.B. in Grenchen, wo sie alle Immobilien und Maschinen hat, kann nicht einfach zügeln. Diese wäre auch bereit auf Gemeindeebene mehr zu zahlen, denn bei den Kantonssteuern ist ja die Entlastung vorgesehen. Die Gemeinden erhalten also mehr Autonomie. **AMM:** mit anderen Worten heisst dies, dass genau jene

Firmen, die eben nicht hochmobil sind, die Löcher durch die Tiefsteuerstrategie ausbaden müssen und somit mehr Steuern zahlen.



Urs Huber: Ich hab jetzt nur gehört wie die Gemeinden ihre Löcher stopfen sollten, resp. müssten, aber über das Loch beim Kanton weiss ich nicht wie dieses die Befürworter stopfen wollen. Wir als SP sind in einer speziellen Rolle. Wir sind eigentlich die einzig

grosse Partei, die sich Sorgen um den Kantonshaushalt macht und nicht egal ist, dass es endlose Defizite geben wird. Oft ist es die FDP, die sagt, dies und das könne man sich nicht leisten, weil das Finanzloch zu gross würde. Nun wissen wir hier alle, dass Verantwortung übernehmen für die FDP nicht mehr das gleiche bedeutet wie auch schon. Und trotzdem, ich glaube es einfach nicht. **SCH:** Urs, wenn ich das nicht glauben würde, wäre ich heute nicht da und würde mich auch nicht überall für diese Vorlage einsetzen. Das Problem ist, wir haben keine Wahl. Der Druck kommt von aussen, und welcher Weg der Beste ist dagegen anzutreten, ist eine Glaubensfrage. Gespräche haben jedoch gezeigt, dass die Firmen warten und beobachten was in den Kantonen passiert. Ich bin überzeugt, am Schluss werden mit 13% alle profitieren, die Gesellschaft, die Politik und die Verwaltung.



Karin Kälin: ich oute mich als eine SP Gemeindepräsidentin, die auch im Begleitgremium mitgearbeitet hat. Für mich ist klar, dass auch wir im Kanton unsere Hausaufgaben machen müssen und die Steuerreform angehen. In dieser Begleitgruppe war für alle klar, dass es ein Geben und Nehmen braucht. Für uns SP-ler war jedoch schon bald einmal klar, dass dieser Vorschlag z.H. der Regierung nicht ausgeglichen war. Und trotzdem haben wir zugestimmt, dass die Regierung diesen Vorschlag anschaut und seine Sache dazu sagt. Diese Zustimmung bedeutete keineswegs ein Ja zur Vorlage. Für mich ist wichtig, dass wie eine Vorlage hinbekommen, die weder Kanton noch Gemeinden ruiniert, aber gleichzeitig die STAF auf Kantonebene wirksam umsetzt. Diese Lösung muss gut und stabil sein. **Mathias Stricker:** wenn ich etwas einkaufe, möchte ich wissen was ich im Sack nach Hause trage. Wir haben 2013/14 einschneidende (Spar-) Massnahmenpläne beschlossen und umgesetzt. Nun kommt etwas Neues und eigentlich wissen wir alle, sollte die Tiefsteuerstrategie durchkommen, es zu grossen finanziellen Einbussen kommen wird. Es wird zwar gesagt, dass es keine Sparmassnahmen geben wird, dennoch spricht man von «Massnahmen». Sollte die Hoffnung der Befürworter nicht aufgehen, wie sähe euer Plan B aus oder der Massnahmenplan, damit die fehlenden Einnahmen wieder reinkommen?



SCH: ich masse mir nicht an, heute einen entsprechenden Plan vorzulegen. Klar ist, dass Sparen angesagt ist. In der Finanzkommission erwarten wir den überarbeiteten IAFP (integrierter Aufgaben- und Finanzplan) wo wir sehen, wie die neuen Zahlen aussehen. Bereits wissen wir, dass die Einnahmen von der Nationalbank höher ausfallen werden. Weiter muss man sagen, dass es in einem IAFP immer Luft gibt. Aber wir werden den Gürtel enger schnallen müssen. **AMM:** wir haben gehört, zwei Sparprogramme hinter uns, weiterhin den Gürtel enger schnallen, dabei wir bereits zu den sparsamsten Kantonen gehören. Und die Lösung der FDP ist: Gürtel enger schnallen! Das finde ich sehr speziell und dann hört man gleich noch, so nach SVP-Manier – es habe überall noch Luft drin. Natürlich gibt es hie und da Luft, dies deckt allerdings bei weitem kein 90 Millionenloch. Ich sehe es jetzt schon kommen; Prämienverbilligungen kürzen, bei Bildung abbauen, in der Gesundheit sparen... usw. Das ist nicht unsere Politik. **Roberto Zanetti:** Christian hat mich gelegentlich gerühmt und erwähnt, was allerdings zum Fehlschluss führen könnte, dass ich die Umsetzungsstrategie im Kanton ebenso genial finde wie jene auf Bundesebene. (Heiterkeit) Da muss ich dich enttäuschen. Vorhin hast du gesagt, es sei eine Glaubensfrage, da hast du recht. Wenn jemand an den Osterhasen oder an den Storch glaubt, dann soll er, meine Erklärungen dazu wurden nichts bewirken. Ich will dir jetzt einige Zahlen aus der Botschaft des Bundes sagen: USA: 40% / D 29% / N 27% / CH 11-22%. Gemäss deiner Theorie wäre die Wohlstandsoase in Bulgarien mit 10%. Hast du jemals eine Firma aus der USA oder Deutschland gesehen die infolge der Steuerbelastung ihren Sitz nach Bulgarien verlegt hat? Das ist einfach ein Märchen. Entscheidend ist das staatliche Angebot wie Infrastruktur, Stabilität, Sicherheit, Bildung usw. Aber mit eurer ruinösen Strategie gefährdet ihr genau diese Standortvorteile, warum, weil plötzlich das Geld fehlt. Schaut doch mal in die Innerschweiz was dort abgeht. Zürich und Baselstadt, also die Wachstumsmotoren in der Schweiz, sind die Steuerbelastungen viel grösser. Eure Theorie, Wachstum = Wohlstand für alle geht offenbar einfach nicht auf, denn sie bedeutet nur Wohlstand für wenige. Das ist die falsche Strategie. Die USR III hätte im Extremfall dazu geführt, wären denn auch alle Tools ausgenutzt worden, das ein Unternehmen bis zu 93%

weniger Steuern hätte bezahlen müssen. Nicht von 100 auf 91%, sondern von 100 auf 7%. Das ist keine Tiefsteuerstrategie, das ist eine Hochrisikostrategie, die wir schlicht nicht vermögen. (Applaus) **SCH:** du wirst dies Zahlen sicher richtig gelesen haben. Amerika hat andere Verhältnisse und Bulgarien ist am Aufholen. Aber glaubst du wirklich, dass eine Firma, die jetzt in der Schweiz 6,5 oder 8% Steuern bezahlt in unser Land gekommen ist, weil es hier schön ist? Sicher nicht, sondern wegen dem Steuersatz, den Fachkräften, der Infrastruktur, der politischen Stabilität und der Rechtssicherheit. Die Steuerbelastung ist das eine, aber sehr wichtig. Heute bezahlen auf Bundesebene diese hochmobilen Firmen 6%, aber 2020 17%. Hast du gedacht diese Firmen bleiben in der Schweiz? Einen Teil vielleicht schon, aber es wird zu Abwanderungen kommen, wenn wir nichts machen. Es ist ein Paket, alle haben etwas gegeben und alle bekommen etwas.



Franziska Rohner: auch ich bin Realistin und kann nicht in die Zukunft schauen. Ich glaube auch nicht, dass Firma, jahrelang aufgebaut, der Steuern wegen seine «Sachen» packt und gehen wird, so einfach geht das nicht, da sind wir uns einig. Es geht ja um die hochmobilen Firmen. Warum soll eine Firma in den Kanton Solothurn kommen? Was bieten wir denn, wenn wir kein Geld mehr haben? Schon heute spart der Kanton allen Ecken und Enden, überall. In St. Gallen haben Kinder bereits heute ein ganzes Jahr mehr Schule. Ihr wollt sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene alles einschränken und kürzen: IV, AHV, ALV, EL, bei der Sozialhilfe usw. Und nun soll plötzlich wieder genügend Luft im Budget sein. Das ist nicht seriös. Es ist auch klar, dass den Takt schon lange von der Wirtschaft angegeben wird und der Regierungsrat auch hier nur noch zur Vollzugsbehörde «degradiert» wurde. Wir sind bereit für Kompromisse, aber bitte nur echte, die allen etwas bringen. **SCH:** An diesem Kompromiss haben alle mitgearbeitet und von der grossen Mehrheit getragen. Wir können ja auch sagen, wir lassen uns doch nicht von der SP diktieren, was wir machen sollen. Nein es handelt sich um ein breit getragenes Paket. **AMM:** die Aussage von Roberto ist ein Indiz dafür, dass die hochmobilen Firmen vermutlich die Schweiz nicht fluchtartig verlassen und

nach Bulgarien auswandern. Was mir Sorge bereitet ist der Konkurrenzkampf zwischen den Kantonen. Der Bund schreibt dieser Wettbewerb nicht vor, nein, es sind die Kantone, die sich jetzt gegenseitig nach unten drängen. Und der Kanton Solothurn hält diesem Druck nicht stand und macht noch mit, auch wenn wir darunter kaputt gehen werden. Denn wir schaffen damit genau jene Faktoren ab, die uns attraktiv machen.



Cagatay Blaser: Ich finde es gut, dass Genosse Zanetti die Frage auf eine globale Ebene gebracht hat. Es ist in der Tat so, dass die Steuersätze allein noch keinen Anreiz für Ansiedlungen und Investitionen sind. Es sind die Menschen hier, die Wirtschaft, die Stabilität, Forschung und Entwicklung, die man hier ausführen kann. Wir sollten uns von jenem Dämon, die die FDP als Geisel genommen hat, die der Flucht zahlreicher Firmen nicht irreführen lassen. Wir müssen uns über etwas im Klaren sein, die Schweiz überlebt, weil wir Nischen finden, für welche andere gar nicht die Möglichkeiten haben. Wir haben dazu die Bildung, die Intelligenz und die Kreativität. Ansonsten würden nicht aus allen Herren Ländern Menschen in die Schweiz kommen, auch ich bin ein Teil davon. Die Steuerschraube ist ein ganz kleiner Teil. Was wir brauchen ist ein klares globales Verständnis: es sind jetzt 11 Jahre vergangen seit der Finanzkrise (die Schweiz hat sie überlebt), seit 4 Jahren wird der Franken durch die SNB nicht mehr an den Euro gekoppelt – und was ist passiert? Wir haben überlebt, haben immer noch unser Lohnniveau und Kühe gibt es auch noch. Die FDP soll sich doch nicht allzu viel ins Irrlicht führen lassen. Es wird nicht viel passieren, mag sein, dass diejenigen die hochmobil sind, oder zumindest einen Teil davon, umherwandern, alle anderen werden bleiben. Sie können und wollen sich auch nicht schnell bewegen. **Markus Baumann:** Christian, ich war ja anfangs Teil dieses Kompromisses, dies als Präsident des Gewerkschaftsbundes. Manchmal verstehe ich dich wirklich nicht. Selbst Wirtschaftsvertreter haben mir gesagt, infolge der 13% Belastung wird keine einzige Firma in den Kanton Solothurn ziehen. Ich habe immer betont, der sog. Kompromiss war für mich als einen Vorschlag an die Regierung zu verstehen. Dass die Regierung dann einen relativ schlechten Job gemacht hat, ja selbst beim Abschreiben noch Fehler macht, habe ich nicht erwartet.

Bei der Beurteilung verstrickst du dich in einen Widerspruch, du glaubst Firmen werden die Schweiz nicht verlassen, aber innerhalb unseres Landes sollen sich diese von Kanton zu Kanton bewegen wollen, dies infolge von Steuersätzen, das geht nicht auf. Es kommt hinzu, dass sich inzwischen auch die Parameter verändert haben. Der Kanton wäre mit 13% nicht mehr im vorderen Drittel, lediglich noch im Mittelfeld. Auch vor diesem Hintergrund sprechen wir heute nicht mehr von diesem Vorschlag der Begleitgruppe an die Regierung, zudem war damals die Ecoplanstudie noch gar nicht fertig erstellt. **SCH:** ich verstehe auch nicht immer was du und die SP erzählt. Nochmals, es geht um die Hochmobilen und ihre Zulieferer. Wir wollen verhindern, dass diese nicht abwandern und bei uns investieren. Um diese Fragen geht.

Balz Bruder dankt für die angeregte Diskussion (Applaus)

Franziska Roth dankt für die Moderation und übergibt allen eine Flasche Wein.

9. **Varia**

Jetzt Unterschreiben:

- „Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern“ (99%-Initiative)
- „Mehr Autonomie in den Gemeinden“ (Kantonale Volksinitiative)
- „Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer“ (Eidgenössische Volksinitiative)
-

Termine

- 25. Februar: Amteiparteitag Solothurn-Lebern – NR-Nomination
- 28. Februar: Amteiparteitag Dorneck-Thierstein – NR-Nomination
- 7. März: Aktuell aus Bern in Selzach, 19.30 Uhr Rest. Rössli
- 13. März: Amteiparteeitage Olten-Gösgen/Bucheggberg-Wasseramt – NR/SR-Nomination
- **27. März: Kantonaler Parteitag in Olten – Nomination Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat**

Gute Heimreise und danke fürs Kommen. Der Parteitag ist geschlossen. (Applaus)

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 27. Februar 2019